

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Grönland: Neue europäische Erklärung – aber keine Truppen oder Garantien](#)
2. [Venezuela: eine Kriegserklärung der USA an die ganze Welt!](#)
3. [Die Partei der neuen Ordnung](#)
4. [Echt oder falsch? Die merkwürdigen Bilder von Nicolas Maduro](#)
5. [Opioid-Krise in den USA: Der Wert des Daseins](#)
6. [Israels neue Image-Kampagne für die US-Öffentlichkeit](#)
7. [Der Bannstrahl der EU gegen kritische Publizisten geht auf einen NATO-Gipfelbeschluss von 2023 zurück](#)
8. [„Die Deutschen besitzen erstmals mehr als zehn Billionen Euro“](#)
9. [Steigende Preise: Verbraucherschutz warnt vor Folgen hoher Alltagskosten](#)
10. [Chemikalien in Lebensmitteln verursachen Billionenschäden](#)
11. [Stromausfall in Berlin: Polizei weist Russland-Gerüchte zurück](#)
12. [Realsatire: Medwedew redet von der Entführung von Merz, und die Bundesregierung nimmt das ernst](#)
13. [Brandenburgs BSW-Chefin Benda rechnet mit Woidke und Crumbach ab: „Orchestriertes Spiel“](#)
14. [Tesla lehnt Einführung eines Tarifvertrags kategorisch ab](#)
15. [Arbeitsmigration Gastarbeiter in Kroatien: Der Traum vom besseren wird oft zum Alptraum](#)
16. [Interview mit Tomás Hirsch über die Wahlniederlage der Linken in Chile](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. Grönland: Neue europäische Erklärung - aber keine Truppen oder Garantien

Die US-Drohung, Grönland zu annexieren, ruft die großen EU-Staaten auf den Plan. Eine neue Erklärung betont die europäische Solidarität - doch von Garantien oder gar Truppen ist keine Rede.

Die Sicherheit der Arktis sei eine "wichtige Priorität für Europa", heißt es in der Erklärung, die von Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Großbritannien und Dänemark unterzeichnet wurde. Sie werde von der Nato gewährleistet, die auch in Grönland präsent ist.

Quelle: [Lost in Europe](#)

2. Venezuela: eine Kriegserklärung der USA an die ganze Welt!

Was die USA jetzt in Venezuela mit reiner Gewalt - und, wie vermutet wird, mit der Bestechung einflussreicher Leute - realisiert hat, ist deutlich mehr als ein regionales Ereignis. Die Welt - die ganze Welt, der Westen, die BRICS-Staaten, der Globale Süden - muss zur Kenntnis nehmen, dass der jetzige US-Präsident Donald Trump sich an keine Regeln hält, sondern einfach macht, was ihm gerade gefällt. Die wirtschaftlichen Interessen der USA rechtfertigen ihm jede Schandtat. Das muss als Warnung deshalb auch weltweit wahrgenommen werden.

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu: Der US-Blitzkrieg gegen Venezuela: Niemand ist mehr sicher

Nach fünf Monaten - in Wirklichkeit aber zweieinhalb Jahrzehnten - sich ständig verschärfender Vorbereitungen, die durch zunehmende diplomatische, wirtschaftliche und verdeckte Kriegsführung gekennzeichnet waren, wurde von den USA schließlich eine vollständige Invasion zur Herbeiführung eines Regimewechsels in Venezuela durchgeführt. Die letzte Phase dieser Offensive war kurz und konzentrierte sich auf die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seiner Frau Cilia Flores aus der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Aber diese Kampagne verlief keineswegs ohne Blutvergießen. Über den genauen Ablauf vor Ort ist zwar wenig bekannt, doch die eindeutig als kriminell zu bezeichnenden Angriffe Washingtons auf mutmaßliche Schmugglerboote auf See - die den Kern der propagandistischen Vorbereitungsmaßnahmen für diese Offensive bildeten - führten bereits zu über 100 Todesopfern, ganz zu schweigen von den oft übersehnen Opfern der Sanktionen.

Quelle: [Tarik Cyril Amar auf RT DE](#)

dazu auch: Meine Unterrichtung des UN-Sicherheitsrats bezüglich der Aggression der USA gegen Venezuela

Die Frage, mit der sich der Rat befassen muss, lautet, ob ein Mitgliedstaat - durch Gewalt, Zwang oder wirtschaftliche Strangulierung - das Recht hat, über die politische

Zukunft Venezuelas zu entscheiden oder Kontrolle über dessen Angelegenheiten auszuüben.

Anmerkung der Redaktion: Die folgenden Ausführungen wurden von Jeffrey D. Sachs, Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network und Direktor des Center for Sustainable Development an der Columbia University, während einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats am Montag, dem 5. Januar 2026, in New York City gehalten.

Quelle: [Overton Magazin](#)

3. Die Partei der neuen Ordnung

Führende Außenpolitiker der AfD billigen die US-Gewaltpolitik gegenüber Venezuela, stimmen darin mit führenden CDU-Politikern bis hin zu Bundeskanzler Friedrich Merz überein und weiten die Gemeinsamkeiten im Hinblick auf eine mögliche künftige Koalitionsbildung aus. Zuvor hatten sie mit diversen Besuchen bei Repräsentanten der Trump-Administration sowie der MAGA-Bewegung den klaren Willen zu transatlantischer Kooperation gezeigt, der für eine Regierungsbeteiligung in Deutschland als unverzichtbar gilt. Schon im Herbst hatten Abgeordnete von CDU, CSU und AfD gemeinsam mit konservativen und ultrarechten Abgeordneten aus anderen Ländern im Europaparlament den „cordon sanitaire“ („Brandmauer“) zu Fall gebracht – ein gravierender Präzedenzfall. Die Einbindung ultrarechter Parteien in Regierungskoalitionen in Europa wird von der Trump-Administration in ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie explizit unterstützt. Dabei kann sich die AfD mit ihrer Akzeptanz für die US-Gewaltpolitik gegen Venezuela als eine Partei profilieren, die laut einem Experten der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) Deutschland und Europa „auf eine neue Ordnung ausrichtet“.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

4. Echt oder falsch? Die merkwürdigen Bilder von Nicolas Maduro

Rund um die Welt veröffentlichten Medien unzählige Bilder von Nicolas Maduro. Echte und falsche sind kaum auseinanderzuhalten.

Auch Infosperber brachte gestern ein Bild des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro in Handschellen. Möglicherweise hätten wir das besser nicht getan. Denn immer deutlicher zeigt sich, dass viele Bilder von seiner Festnahme und von den Jubelfeiern in Caracas nicht echt oder uralt sind.

Der französische Fernsehsender France 24 hat die Bilder untersucht. Ins Visier nahmen die France-24-Leute unter anderen jene Bilder, die zeigen, wie Beamte der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA den Präsidenten abführen. Misstrauisch wurden die Leute von France 24, weil die Bilder aus unterschiedlichen Perspektiven aufgenommen wurden.

Quelle: [Infosperber](#)

5. Opioid-Krise in den USA: Der Wert des Daseins

Nirgends sterben so viele Menschen an einer Überdosis wie in den USA. Trotz politischer Widerstände kämpfen Initiativen für die Betroffenen – und retten auf diese Weise Leben.

Stephen Murray hat es in seinem Job mit zwei Arten der Stille zu tun. Die eine ist harmlos, bisweilen sogar schön. Es ist die Stille, die eintritt, wenn ein Anrufer gemeinsam mit ihm schweigen will. Dann sitzen sie da, am jeweils anderen Ende der Leitung und lassen die Sekunden verstreichen. Oft legt der Anrufer irgendwann wieder auf, ohne überhaupt konsumiert zu haben. Dabei würde Murray nie auf die Idee kommen, es ihm auszureden. Er ist einfach da, hört zu, gibt Rat, erzählt und lacht mit den Menschen, die sich bei ihm melden – oder er schweigt.

Quelle: [taz](#)

6. Israels neue Image-Kampagne für die US-Öffentlichkeit

Der Staat Israel manipuliert sogar Chatbots, um christliche Fundamentalisten und Ultrakonservative nicht zu verlieren, so Haaretz.

Israel lanciert in den USA eine weitere, breit angelegte, technologisch modernste Einflusskampagne, um vor allem konservative und evangelikale Milieus für Israels Politik zu gewinnen. Die Regierung greift dafür tief in die Staatskasse. Die Strategie soll auch generative KI wie ChatGPT und Claude KI beeinflussen. Haaretz wertet dies als ersten öffentlich dokumentierten Fall, in dem ein Staat gezielt versucht, die Antwortmuster generativer KI politisch zu beeinflussen.

Ihre US-Aktivitäten lassen die israelischen Außen- und Tourismusministerien schon länger über die staatliche israelische Werbeagentur Lapam und die deutsche Havas-Tochter Havas Media abwickeln. Seit 2018 gab Israel laut Haaretz über 100 Millionen Dollar aus für Medien- und PR Kampagnen in den USA. (Noch viel mehr Geld gaben in den USA beheimatete israelische Lobbys aus, um den Kongress und die US-Reigierungen israel-freundlich zu stimmen.)

Ziel heute ist es, Israels Image aufzupolieren, Kritik an der Gaza-Offensive kommunikativ abzufedern und eine Antisemitismus-Rhetorik als Rahmen für pro-israelische Botschaften zu nutzen.

Quelle: [Infosperber](#)

7. Der Bannstrahl der EU gegen kritische Publizisten geht auf einen NATO-Gipfelbeschluss von 2023 zurück

Die „Strategische Agenda“ der EU von 2024 enthält eine Kriegserklärung an EU- und NATO-kritische Publizisten, die kaum jemand bemerkt hat. Mit dieser Agenda setzte der EU-Rat die Vorgaben des NATO-Gipfels in Vilnius 2023 getreulich um. Das Ergebnis sind drastische Sanktionen gegen Publizisten wie Hüseyin Dogru, Alina Lipp,

Thomas Röper und Jacques Baud.

Die NATO-Regierungen kündigten bei ihrem Gipfel in Vilnius 2023 an, bei ihren verstärkten Bemühungen um den Aufbau von gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit (aka: Kriegstüchtigkeit) mit der EU zusammenzuarbeiten, insbesondere auch, was die Bekämpfung von Desinformation angeht:

Quelle: [Norbert Häring](#)

Anmerkung Christian Reimann: Ähnlich der merk-würdigen Coronazeit gibt es also auch für das Thema "Kriegstüchtigkeit" bzw. Ukraine-Krieg ein "Drehbuch" für den Umgang mit Kritikern. In beiden Fällen war bzw. ist das Militär eingebunden. Erinnert sei an Paul Schreyer zu Covid-19: „[Es ist an der Zeit, die Notbremse zu ziehen](#)“.

8. „Die Deutschen besitzen erstmals mehr als zehn Billionen Euro“

Mit dieser Überschrift beschreibt ntv, dass in dem „wunderschönen Land“ (Friedrich Merz) das Geldvermögen (nicht das Vermögen insgesamt!) einen Wert überschritten hat, der uns vor Begeisterung in Jubelstimmung versetzt. Im Text wird sodann festgestellt, dass „Das Vermögen der Deutschen wächst, in der Summe wird das Land immer reicher.“ Auch das Handelsblatt und der Tagesspiegel feiern diese wunderbare „Rekordsumme“.

Wir sind also alle reicher geworden, weil es den reichen Menschen in Deutschland schlicht unmöglich war, das Geld, das ihnen Monat für Monat zufließt, auszugeben. In den oberen Einkommensklassen hat man so viel verdient, dass man 40, 50 oder sogar 60 Prozent einfach nicht brauchte und dieses Geld folglich zur Bank oder zu einem sonstigen „Investor“ getragen hat, der damit zinstragende Papiere gekauft hat. Haben Sie etwas davon verspürt, wie dieser Vorgang, den wir üblicherweise „sparen“ nennen, auch Sie reicher gemacht hat?

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

9. Steigende Preise: Verbraucherschutz warnt vor Folgen hoher Alltagskosten

Kaffee, Quark, Orangensaft: Besonders die hohen Lebensmittelpreise bereiten Menschen in Deutschland Sorge. Das zeigt eine Umfrage der Verbraucherzentralen. Die Chefin des Bundesverbands findet deutliche Worte. [...]

Verbraucherinnen und Verbraucher ärgern sich laut Vorständin Pop zudem über offene wie versteckte Preissteigerungen. Teilweise werde die Füllmenge reduziert oder die Qualität: etwa in Fruchtsäften, wo »immer weniger Frucht und immer mehr Zucker und Aromastoffe enthalten sind«. Das sei »Verbrauchertäuschung«, sagt Pop. Sie fordert eine »klare Kennzeichnung von Mogelpackungen«.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

10. Chemikalien in Lebensmitteln verursachen Billionenschäden

Eine internationale Forschendengruppe untersuchte die Auswirkungen der vier gebräuchlichsten Chemikalien im Lebensmittelsystem.

Synthetische Chemikalien gefährden Gesundheit und Umwelt und kosten jährlich Billionen Dollar. Das ist das Ergebnis der im Dezember veröffentlichten Studie «Invisible Ingredients» (unsichtbare Zutaten), die sich mit den vier häufigsten synthetischen Chemikalien im Lebensmittelsystem befasst. Bisphenole, Pestizide, PFAS und Phthalate haben demnach schwerwiegenden Folgen für Mensch und Natur.

Quelle: [Infosperber](#)

11. Stromausfall in Berlin: Polizei weist Russland-Gerüchte zurück

Das Landeskriminalamt Berlin, das Bundeskriminalamt und der Verfassungsschutz stufen ein Bekennerschreiben einer Organisation namens Vulkangruppe als glaubwürdig ein. Am Dienstag teilte auch eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums auf ARD-Anfrage mit: Der Brandanschlag in Berlin "lässt sich als linksterroristische Tat qualifizieren". Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen. (...)

Spekulationen über eine Beteiligung Russlands wies [Polizeivizepräsident] Langner zurück: "Darauf gibt es bislang gar keine Hinweise." Und weiter: "Die Prüfungen, die wir vorgenommen haben in Zusammenarbeit mit dem BKA, weisen eben auf diese Vulkangruppe hin - und zwar sehr deutlich. Wir sehen dieses Bekennerschreiben als authentisch an." Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter sagte dagegen der "Welt", eine Sprachanalyse zeige, die Rückübersetzung ins Russische ergebe eine viel bessere Sprache als dieses "holprige" Deutsch. "Also der Linksextremismus kann entweder nicht richtig Deutsch oder er lässt sich vorschreiben, was er sagen soll."

Nun müsse man alles bewerten und dürfe nichts ausschließen.

Quelle: [BR24](#)

Anmerkung unseres Lesers A.S.: Herr Kiesewetter schreckt wirklich vor keiner Spekulation zurück wenn man gegen Russland Stimmung machen kann.

12. Realsatire: Medwedew redet von der Entführung von Merz, und die Bundesregierung nimmt das ernst

Der ehemalige russische Präsident Medwedew hat nach der Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro in einem TASS-Interview von einer möglichen Entführung von Kanzler Merz gesprochen. Die Aufregung in Berlin war groß und die Bundesregierung war not amused.

Der ehemalige russische Präsident Medwedew ist seit der Eskalation in der Ukraine für seine spitzbügigen Kommentare in Richtung des Westens bekannt. Nach der völkerrechtswidrigen Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro durch die

USA und der vollkommen orwellschen Reaktion von Bundeskanzler Merz darauf, hat Medwedew in einem TASS-Interview über die mögliche Entführung von Merz sinniert. Er sagte zur TASS: „Die Entführung des Neonazis Merz könnte eine großartige Wendung in dieser Karnevalsserie sein. Hier kann einen nur noch wenig überraschen. Ein Körnchen Realität steckt auch in diesem Szenario. Gerade er ist jemand, bei dem es sogar in Deutschland Gründe zur Verfolgung gibt. Darum wäre es nicht schade drum. Vor allem, da die Bürger völlig unschuldig leiden.“ (...)

Medwedew hatte sicherlich einen Heidenspaß an der entsetzten Reaktion der Bundesregierung, denn er hat mit seinem Scherz erreicht, dass die Bundesregierung sich mit ihrer offiziellen Reaktion selbst blamiert und der Welt ein weiteres Mal stolz ihre Doppelmoral demonstriert hat.

Quelle: [Anti-Spiegel](#)

**13. Brandenburgs BSW-Chefin Benda rechnet mit Woidke und Crumbach ab:
„Orchestriertes Spiel“**

Die erste Koalition des BSW ist zerbrochen, die junge Partei verliert Abgeordnete und einen Minister. Landesvorsitzende Friederike Benda macht der SPD und den Ausgetretenen im MAZ-Interview schwere Vorwürfe - und kann sich trotzdem eine weitere Zusammenarbeit vorstellen. [...]

Woidke sagt, die Koalition habe ihre Mehrheit und damit ihre Grundlage verloren. Das ist falsch. Die Mehrheit gibt es rechnerisch genauso wie vorher. Es gibt keine Stimme weniger für die Weiterarbeit an diesem Koalitionsvertrag als zuvor. Aber der Ministerpräsident hat sich offenbar entschieden, mit einer nicht gewählten Mehrheit jetzt Nägel mit Köpfen zu machen.

Quelle: [Märkische Allgemeine](#)

14. Tesla lehnt Einführung eines Tarifvertrags kategorisch ab

Der US-Elektroautobauer Tesla in Grünheide (Oder-Spree) lehnt die Einführung eines Tarifvertrags kategorisch ab. „Es gab dieses Jahr eine Entgelterhöhung im einschlägigen Tarifvertrag von zwei Prozent“, sagte Werksleiter André Thierig der Nachrichtenagentur DPA. „Wir konnten, weil wir in einer anderen wirtschaftlichen Situation sind als die gesamte Industrie, die Entgelte um das Doppelte - um vier Prozent - anheben. Seit Produktionsbeginn waren es damit mehr als 25 Prozent Entgelterhöhung in weniger als vier Jahren.“

Quelle: [rbb24](#)

15. Arbeitsmigration Gastarbeiter in Kroatien: Der Traum vom besseren wird oft zum Alptraum

Ausländische Arbeitskräfte prägen Kroatiens Wirtschaft: in der Tourismus- und Baubranche, bei Lieferdiensten und im Taxigewerbe. Doch akzeptiert sind sie in der mehrheitlich weißen und katholischen Bevölkerung nicht. Es gibt No-go-Zonen in

Zagreb und fremdenfeindliche Angriffe. Die jüngste Umfrage ergab: 97 Prozent der Befragten stehen ausländischen Arbeitnehmern ablehnend oder gleichgültig gegenüber - aus Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, sinkendem Lohnniveau und Kriminalität.

Quelle: [mdr](#)

16. Interview mit Tomás Hirsch über die Wahlniederlage der Linken in Chile

Zu Beginn seiner Ausführungen zu den Ursachen für die Niederlage der Regierungspartei bei den Präsidentschaftswahlen vom 14. Dezember betonte der ehemalige Abgeordnete Tomás Hirsch von der Partei Acción Humanista, dass „die Probleme, die die Bürger plagten oder plagen, nicht mit den Antworten übereinstimmten, die wir und die Regierung gegeben haben“.

Er präzisierte jedoch, dass „diese Niederlage eine ruhige, gründliche Analyse erfordert, die die vielfältigen Ursachen berücksichtigt, die sie erklären können“. Es wäre „äußerst ungerecht, die Niederlage auf Mängel, Versäumnisse oder Schwächen der Kandidatin, des Wahlkomitees oder der Kampagne zurückzuführen“, betonte er außerdem. Hirsch fügte hinzu, dass es ab März, wenn Kast sein Amt antritt, von grundlegender Bedeutung sei, „sehr aktiv zu bleiben und die Fähigkeit zur Organisation und Mobilisierung zu bewahren“.

Von Hugo Guzmán, Journalist für „El Siglo“

Wo würden Sie auf Anhieb die Faktoren ansiedeln, die zu dieser Niederlage von Jeannette Jara geführt haben?

Diese Niederlage erfordert eine ruhige und gründliche Analyse, die mehrere Ursachen berücksichtigt. Auf den ersten Blick gibt es nicht den einen ausschlaggebenden Aspekt, sondern eine Anhäufung von Faktoren, die sich zudem über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Quelle: [Pressenza](#)